

Stadt Weißenfels

25.10.2021

Rechtsamt

Beantwortung der Anfrage

öffentlich

AF 217/2021/1

des Stadtrates Walther, Gunter

am 23.09.2021 im Stadtrat

Da künftig durch den Vorsitzenden des Stadtrates, Herr Freiwald (LINKE), mit Schreiben vom 07.09.2021 von mir gestellten Anträgen die Aufnahme in eine Tagesordnung des SR mit Hinweis auf Kommunalrecht verweigert wird, stelle ich hiermit den Antrag den o.g. TOP zeitnah in einer Stadtratssitzung zu behandeln.

Deshalb frage ich den Oberbürgermeister, ob er aus dieser Anfrage einen TOP mit einem Beschlussvorschlag im Rahmen seines Vorschlagsrechtes dem SR vorlegt.

Für den Fall, dass kein Interesse an einer dem SR vorzulegenden Resolution gegen ein Atom-Endlager südlich von Naumburg besteht, bitte ich um Begründung/ Stellungnahme.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Weißenfels schließt sich bereits abgegebenen Stellungnahmen von Vertretern politischer Parteien und gesellschaftlicher Organisationen, sie sich gegen die Errichtung eines Atom-Endlagers im Burgenlandkreis aussprechen, an.

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, alles in seiner Macht stehende zu tun, um eine Entscheidung der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) zu Lasten des Burgenlandkreises und damit auch der Stadt Weißenfels abzuwenden.

Die Auswahl des Burgenlandkreises als Teilgebiet durch die BGE darf sich nicht in eine Vorentscheidung verfestigen. Der Stadtrat bittet den Oberbürgermeister die kommunale Vertretung und die Bürger der Stadt zu allem, was ihm zu diesem Thema zur Kenntnis gelangt, umfassend zu unterrichten. Dies sollte auch in enger Abstimmung mit dem Landrat und den Kreistag erfolgen.

Erläuterung/ Begründung:

Der veröffentlichte Zwischenbericht Teilgebiete zur Atommüllagersuche muss, insbesondere bei der wirksamen Eingrenzung von Gebieten, umfassend nachgebessert werden. Dies gilt insbesondere für die Notwendigkeit einer breiten Öffentlichkeitsbeteiligung. Damit wird auch an diesem Beispiel eine des Öfteren verfolgte Strategie sichtbar, eine breite Öffentlichkeit zunächst nur mangelhaft bzw. nebulös an Entscheidungswegen zu beteiligen, um zu einem späteren Zeitpunkt bereits gefällte Vorentscheidungen präsentieren zu können.

Gerade bei diesem sensiblen Thema ist transparentes Vorgehen bei allen Verfahrensschritten und die umfassende Information der Öffentlichkeit gefragt.

Sehr geehrte Damen und Herren Stadträte,
sehr geehrter Herr Stadtrat Walther,

die Verwaltung kommt ihrer Bitte nach und wird zu dieser Thematik im Umweltausschuss unaufgefordert berichten, sofern sie zu Informationen gelangt. Die Öffentlichkeit ist an dieser Stelle mitzunehmen.

Diese Angelegenheit ist Sache des Bundes, was der Verwaltung sehr wohl bewusst ist. Nach dem Standortauswahlgesetz (vom Deutschen Bundestag im Jahr 2017 beschlossen) kommt anscheinend der Burgenlandkreis als Standort in Betracht. Insofern ist die Standortsuche eher im Landratsamt anzusiedeln bzw. anzusprechen.

Eine Zusammenarbeit zwischen Burgenlandkreis und den kreisangehörigen Gemeinden ist vorliegend sicher erstrebenswert.

Risch
Oberbürgermeister